



*Liebe Leserinnen und Leser,*

*heute möchte ich Ihnen gerne meine Mitarbeiterinnen in Berlin vorstellen. Mein Abgeordnetenbüro in Berlin befindet sich im Paul-Löbe-Haus direkt zwischen der Spree und dem Reichstag. Hier kümmern sich Katrin Kube und Annegrete Krestel um einen reibungslosen Ablauf in meinem Büro.*

*Frau Krestel hat Betriebswirtschaft studiert und hält mich inhaltlich auf dem Laufenden, sowohl für die Ausschüsse „Arbeit und Soziales“, und „Sport“, als auch bei aktuellen Themen. Darüber hinaus ist sie für die Öffentlichkeitsarbeit mit verantwortlich. Sie ist Ansprechpartnerin für Ihre Anliegen, die einen Bezug zur Bundespolitik haben.*



**Kontakt:**  
**Tel. (030) 227 73223**  
**Email: [mechthild.heil.ma02@bundestag.de](mailto:mechthild.heil.ma02@bundestag.de)**

*Frau Kube ist für die Büroorganisation zuständig und für die Organisation und Betreuung von Besuchergruppen. Sie hat eine Ausbildung zur Kauffrau der Grundstücks- und Wohnungswirtschaft gemacht und Museumskunde studiert. Als gebürtige Berlinerin hilft sie bei Fragen rund um die Stadt Berlin gerne weiter.*



**Kontakt:**  
**Tel. (030) 227 77040**  
**Email: [mechthild.heil.ma03@bundestag.de](mailto:mechthild.heil.ma03@bundestag.de)**

*Beide haben schon für meinen Vorgänger Wilhelm Josef Sebastian gearbeitet und bringen viel Erfahrung mit. Für mich als „Neuling“ im Parlament ist es gut und wichtig, mich auf erfahrene Mitarbeiterinnen verlassen zu können.*

*Gemeinsam mit meinem Team stehe ich Ihnen für Ihre Fragen und Anregungen jederzeit gerne zur Verfügung*

Ihre

### Mechthild Heil MdB

Platz der Republik 1  
11011 Berlin  
Telefon (030) 227 77 040  
Telefax (030) 227 76 423  
Em@il [mechthild.heil@bundestag.de](mailto:mechthild.heil@bundestag.de)  
[www.mechthild-heil.de](http://www.mechthild-heil.de)

### Arbeitsmarktzahlen im November 2009

Der Arbeitsmarkt bleibt trotz Krise unerwartet stabil und in der Grundtendenz optimistisch. Der erneute Rückgang der Arbeitslosigkeit um nun 13.000 auf 3,215 Millionen Erwerbslose ist ein deutliches Zeichen. Besonders hervorzuheben ist der Rückgang der Kurzarbeit. Dies ist ein wichtiger Beleg dafür, dass unsere Wirtschaft anspringt. Und zwar messbar, nicht nur gefühlt. Dennoch sind wir aus arbeitsmarktpolitischer Sicht noch nicht ganz über den Berg.

Maßgeblich für die derzeit erfreuliche Entwicklung sind drei Faktoren: Unser Krisenmanagement mit der Ausweitung des Kurzarbeitergeldes und den beiden Konjunkturpaketen, der spürbare Aufwärtstrend in der Wirtschaft und der Wille der Unternehmen, die wirtschaftliche Durststrecke gemeinsam zu überwinden.

Indikator für die hoffnungsvolle Entwicklung ist auch die Tatsache, dass die Zahl der Erwerbstätigen weitaus weniger zurückgegangen ist als allgemein.

## Klimaschutz für eine lebenswerte Zukunft

In den kommenden Wochen entscheidet sich in Kopenhagen, ob es uns gelingt, die Voraussetzungen dafür zu schaffen, dass die weitere Erderwärmung auf maximal 2 Grad Celsius begrenzt werden kann, um so den Klimawandel im erträglichen Rahmen zu halten. Deutschland ist bei diesem Thema das Zugpferd. Wir haben uns im Koalitionsvertrag dazu bekannt, die Treibhausgas-Emissionen bis 2020 um 40 Prozent gegenüber 1990 zu senken. Kein bedeutendes Industrieland der Welt hat eine so ambitionierte Klima- und Energiegesetzgebung wie Deutschland. Wir werden unsere Kyotoverpflichtungen (minus 21 Prozent schädlicher Treibhausgase im Zeitraum von 2008-2012 gegenüber 1990) im Gegensatz zu vielen anderen Staaten erfüllen.

Jetzt geht es darum, dass die Staatengemeinschaft es schafft, in einer einmaligen gemeinsamen Kraftanstrengung das Ruder herumzureißen. Es geht um die Rettung von Millionen von Menschen, um die Verhinderung von Naturkatastrophen und von Flüchtlingsdramen. Deshalb sagen wir: Es muss eine ambitionierte, verbindliche politische Entscheidung zwischen allen Staaten getroffen werden. Mit einem Antrag der Koalitionsfraktionen wollen wir diese politische Forderung bekräftigen.

## Im Einsatz für unsere Sicherheit

In dieser Woche wird in zweiter und dritter Lesung über drei Mandate für Auslandseinsätze der Bundeswehr entschieden. Bereits während der ersten Lesung hat die Regierungskoalition deutlich gemacht, dass eine Fortführung der Einsätze in Afghanistan, am Horn von Afrika und vor der Küste des Libanon deutschen Sicherheitsinteressen dient.

Vor der Küste des Libanon muss weiterhin verhindert werden, dass Waffen in das Krisengebiet geschmuggelt werden. Dies ist eine Grundvoraussetzung für eine friedlichere Entwicklung der Region. Deutschland hat seit 2006 Führungsverantwortung bei der seeseitigen Absicherung der libanesischen Küste übernommen und bei der Unterstützung der libanesischen Streitkräfte. Deutsche Soldatinnen und Soldaten tragen dazu bei, dass diese Aufgaben erfolgreich erfüllt werden. Unser Engagement wird sowohl

von der libanesischen als auch von der israelischen Regierung sehr geschätzt. Jetzt übergeben wir diese Führungsverantwortung an Italien. Zugleich soll die Zahl der maximal einzusetzenden deutschen Soldatinnen und Soldaten von 1.200 auf 800 reduziert und unser Einsatz bis zum 30. Juni des kommenden Jahres befristet werden.

Zur Bekämpfung des Terrorismus ist immer noch auch eine militärische Komponente notwendig. Im Rahmen der Operation Enduring Freedom beteiligt sich die deutsche Marine an der See-raumüberwachung am Horn von Afrika und dem Einsatz im Mittelmeer im Rahmen der NATO-geführten Operation Active Endeavour. Dieser Einsatz soll fortgeführt werden. Zugleich hat die Bundesregierung zugesagt, bis zum Sommer 2010 die Notwendigkeit der weiteren deutschen Beteiligung an Operation Enduring Freedom am Horn von Afrika und gegebenenfalls eine Überführung in eine gemeinschaftliche Mission zur Pirateriebekämpfung zu überprüfen.

Mit ihrer Arbeit in Afghanistan leisten unsere Soldaten einen wichtigen Beitrag für unsere Sicherheit. Wir wollen diesen Einsatz fortführen, damit die Stabilisierung Afghanistans gelingt und wir die Voraussetzungen für eine verantwortbare Übergabe schaffen können. Nur durch Kontinuität kann unser Land ein verantwortungsvoller und verlässlicher Bündnispartner bei der Bekämpfung des internationalen Terrorismus bleiben.

## Gemeinsam für Europas Zukunft

Am 9. und 10. Dezember findet auf Einladung von CDU und CSU in Bonn der Kongress der Europäischen Volkspartei statt.

Das Jahr 2009 war für die EVP ein sehr erfolgreiches. Nach den Europawahlen ist die EVP mit 265 Mitgliedern im Europäischen Parlament erneut die stärkste Fraktion. Und unser Kandidat José Manuel Barroso führt erneut als Präsident die Europäische Kommission. Damit ist die EVP die Partei der Mitte in Europa und die einflussreichste politische Kraft auf dem Kontinent.

Am Ende eines auch für Europa entscheidenden Jahres kommen wir in Bonn zusammen, um zentrale Punkte unserer Programmatik zu beraten, nämlich die Ausgestaltung der sozialen Marktwirtschaft im Lichte der aktuellen Herausforderungen. Die aktuelle Wirtschaftskrise zeigt, wie wichtig Regeln und Institutionen in einem funktionierenden Wirtschaftssystem sind.

## Diese Woche im Parlament

In dieser Woche beraten wir in zweiter und dritter Lesung das **Wachstumsbeschleunigungsgesetz**. Das Gesetz sieht Korrekturen im Unternehmenssteuerrecht vor, mit denen wir die Unternehmen krisenfester machen wollen, insbesondere durch eine Entschärfung der Verlust- und Zinsabzugsbeschränkungen, sowohl für international orientierte Konzerne als auch für mittelständische Unternehmen.

Die Korrekturen im Erbschaftsteuerrecht schaffen eine krisenfeste Ausgestaltung der Bedingungen

für die Unternehmensnachfolge und Absenkung der Steuerbelastung für Geschwister und Geschwisterkinder.

Mit der Erhöhung des Kinderfreibetrages in einem ersten Schritt auf 7.008 Euro und des Kindergeldes um je 20 Euro ab dem 1.1.2010 schaffen wir eine steuerliche Entlastung für Familien mit Kindern.

Die Absenkung des Mehrwertsteuersatzes für Beherbergungsleistungen stärkt die Wettbewerbsposition des Hotelgewerbes. Darüber hinaus wird die Wettbewerbsfähigkeit der reinen Biokraftstoffe in Deutschland erhalten

## Daten und Fakten

### Hohe gesamtwirtschaftliche Kosten durch Schulversagen

Die hohe Zahl der Schüler, die in Deutschland die Schule ohne Ausbildungsreife verlassen, hat erhebliche Negativeffekte auf die deutsche Volkswirtschaft. Die Folgekosten schlechter Bildung summieren sich in den kommenden 80 Jahren – der angenommenen Lebensspanne der heute geborenen Kinder – auf rund 2,8 Billionen Euro. Damit übersteigen sie das aktuelle Bruttoinlandsprodukt, das bei rund zweieinhalb Billionen Euro liegt. Rund 20 Prozent der heute 15-jährigen Schüler verfügen laut PISA-Untersuchung über Rechen-, Lese- und Schreibkenntnisse, die das Grundschulniveau nicht übersteigen.

Eine Bildungsreform, die diese Probleme weitgehend beheben könnte, brächte Deutschland erhebliche volkswirtschaftliche Gewinne: Die Erträge einer Reform belaufen sich bis zum Jahr 2030 auf 69 Milliarden Euro und übersteigen so die jährlichen öffentlichen Bildungsausgaben im Elementar- und allgemeinbildenden Schulbereich. Bis zum Jahr 2074 erreicht das zusätzliche Wachstum die Summe von rund 1,75 Billionen Euro und damit in etwa das Niveau unserer heutigen Staatsverschuldung.

*(Quelle: Bertelsmann Stiftung)*

### Ältere Beschäftigte beliebt bei Arbeitgebern

Arbeitnehmer über 50 Jahren erfreuen sich bei ihren Arbeitgebern entgegen landläufiger Meinungen hoher Beliebtheit. Lediglich 27 Prozent der Personalleiter und Geschäftsführer von Industrieunternehmen halten ältere Beschäftigte für weniger produktiv, weil sie beim Arbeitstempo nicht mithalten könnten. Und lediglich ein Viertel glaubt, Weiterbildung für ältere Mitarbeiter lohne sich nicht. Den angeblich geringeren Leistungswillen der über 50-Jährigen beklagen ebenfalls nur 25 Prozent der Verantwortlichen. Dagegen sieht die überwiegende Mehrheit in diesen Punkten keine Unterschiede zu jüngeren Arbeitnehmern.

*(Quelle: Institut der deutschen Wirtschaft)*

### Eingliederungszuschüsse sind nachhaltige Brücke ins Erwerbsleben

Eingliederungszuschüsse ermöglichen vielen Arbeitslosen den Wiedereinstieg in reguläre und stabile Beschäftigung. Gegenüber Arbeitslosen, die ohne Eingliederungszuschüsse ein Beschäftigungsverhältnis aufnahmen, verblieben die geförderten Personen deutlich länger im Betrieb: Nach einem Jahr bestand noch etwa die Hälfte der geförderten, aber nur noch ein Drittel der ungeförderten Arbeitsverhältnisse. Insgesamt waren die Geförderten in den 3,5 Jahren nach Förderbeginn durchschnittlich zwei Monate länger regulär beschäftigt als entsprechende Personen, die ungefördert eingestellt wurden. In der Bezahlung gibt es im Durchschnitt keine Unterschiede zwischen Geförderten und Ungeförderten.

*(Quelle: IAB)*